

ÖGZ



Österreichischer
Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

11/2023

NACHHALTIG, GERECHT UND RESILIENT

Stadt der Zukunft

Österreichische Post-AG MZ 1772041/202 M Österreichischer Städtebund, Patthaus, 1092 Wien



Schwerpunkt Die Stadt von morgen

- 10 **Caring City**
Vision einer intersektional geplanten Stadt
- 14 **Gabu Heindl im Interview**
Gerechte Stadt muss sein
- 18 **The Line**
Ein Projekt mit ungewissem Ende
- 22 **Europäische KI-Verordnung**
Ein Gesetz mit Pioniercharakter
- 24 **VKÖ/VÖWG-Infosheet**
Einigung bei Data Act
- 25 **Renowave**
Klimaneutral sanieren, um- und weiterbauen
- 28 **Fachausschuss**
Neues von den Stadtplaner:innen
- 30 **Nature Restoration Law**
Die EU-Wiederherstellungsverordnung und ihre Folgen
- 32 **KDZ-Whitepaper**
Resiliente Gemeinden



- 34 **Klimaneutrale Stadt**
Technologien und Innovationen für die klimaneutrale Stadt
- 36 **St. Pölten**
Digitale Amtstafel
Chatbot Lou
- 38 **Weiterbildung**
Digitalisierung im ÖStB
- 40 **Energiepolitik**
Starke Stromnetze für die Klimaneutralität
- 42 **Transformat.at**
Wie kann die Energiewende gelingen?
- 44 **SDG-Kommunalcheck**
Auf Nachhaltigkeit geprüft

Magazin

- 47 **Kommunale Pionierin**
Bürgermeisterin Hilde Hahn
- 48 **Partizipation**
Partizipative Planung in Graz
- 50 **arbeit plus**
MAGMA – Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal
- 52 **KLIMAserie**
Energiefragen in Bregenz
- 54 **Mobilität**
Pendler:innen zukunftsorientiert mobilisieren
- 56 **Radkompetenz**
Wissenstransfer für besseren Radverkehr
- 58 **Energierecht**
Innovative Solaranlagen
- 60 **Recht**
Grundsteuer beim Eigentümerwechsel, Teil 2
- 63 **Fachausschuss**
Rechtsangelegenheiten

- Aktuelles aus den Städten 6
- Literatur 46
- Finanzen 64
- Rubrik Recht 65
- Zu guter Letzt 66
- Vorschau 67
- Impressum 67



Gabu Heindl, Can Gülcü, Installation zum öffentlichen Grünraum „Freie Mitte“ am Nordbahnhof, Wien 2017.

Gerechte Stadt muss sein

Für die Arbeiterkammer Wien befasste sich Gabu Heindl mit der Bestandsanalyse und Zukunftsorientierung einer gerechte(re)n Stadtplanung. Wir trafen die Architektin und Stadtplanerin zum Gespräch über Ungerechtigkeiten in der Stadtentwicklung und Utopien für eine bessere Zukunft.

Wie kommt man als Architektin zum Thema Gerechtigkeit?

Wie kann man NICHT auf das Thema kommen? Wohnen, öffentlicher Raum, Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten – das sind architektonische Themen. Gerechtigkeit kann man zwar nicht messen, aber mit der Perspektive Gerechtigkeit in

der Stadtplanung hat man einen sehr guten Parameter, um ganz konkret über Ungerechtigkeiten zu sprechen. Um ex negativo zu schauen, wo gibt's eine ungleiche Verteilung von Grünflächen, Freiraum, guter Luft, wie viel Wohnraum hat wer und warum? Warum haben migran-tische Nachbar:innen statistisch so viel

weniger Wohnraum zur Verfügung? Was heißt bezahlbarer Wohnraum? Wer hat Zugang zum Gemeindebau, zum Genossenschaftsbau?

Gerechtigkeit ist ein verbindendes Element und ein produktiver Parameter, der zwar nie voll erreicht werden, aber immer eine Messlatte sein kann.

© Foto: Michael Krebs

Wie ist Ihre Studie aufgebaut?

Die Studie bezieht sich auf Wien, ist aber gut auf andere Städte übertragbar. Sie hinterfragt die gegenwärtige Situation im Sinne von Gerechtigkeit für die Stadt und ist in die drei Teile Wohnen, öffentlicher Raum und Teilhabe gegliedert.

Wohnen ist derzeit in fast jeder Stadt ein ganz schwieriges und kaum gelöstes Thema, es gibt fast überall Wohnungsnot und zu wenig bezahlbare Wohnungen. Der öffentliche Raum ist enorm wichtig für die Gesellschaft und für demokratische Prozesse. Und bei Teilhabe geht es um die Möglichkeit mitzumachen, mitzubestimmen.

Methodisch haben wir zunächst einmal Kritik des Status quo geübt – eine Bestandsaufnahme: Wo stehen wir, was läuft alles gut, was weniger? Das sehen wir als eine wertschätzende Wartungsaufgabe – es ist die gute Ausgangssituation Wiens, die uns verpflichtet, Kritik zu üben – um zu erhalten, was wir schützen müssen, und zu verändern, was an Ungerechtigkeiten im Raum steht.

Dann schauen wir sowohl kritisch zurück: Was können wir aus den vergangenen Kämpfen lernen und mitnehmen? Manches in der Vergangenheit, etwa im Roten Wien, klingt heute geradezu utopisch: Die Mieten machten damals 4–8 % der Arbeiter:innengehälter aus. Und wir schauen projizierend in die Zukunft, um überhaupt etwas denkmöglich zu machen und als erreichbares Ziel festzuschreiben. Letzten Endes geht es darum, realpolitisch ins Heute zu kommen und zu überlegen, welche Schritte uns in eine gute Zukunft führen.

Inwiefern ist auch Klimagerechtigkeit ein Thema?

Klimagerechtigkeit ist eine soziale Gerechtigkeit – weil sie Fragen stellt wie etwa: Wer verursacht die extreme Erderhitzung? Wer leidet darunter?

Das Klima zieht sich durch: Ein kleiner Wohnraum mit niedriger Decke ohne Durchzugsmöglichkeit ist etwas anderes als ein Haus mit Klimaanlage. Warum sind in manchen Gegenden Menschen immer noch so abhängig vom Auto? Warum können sie nicht umsteigen in Straßenbahnen, wo man die Spuren be-

© Foto: Katharina Gossow

grünen könnte? An vielen Orten erkennt man schon an der Menge an Asphalt auf der Straßenfläche, wie wenig Geld, Sorgsamkeit, Entgegenkommen dort in den öffentlichen Raum fließt.

Stadt und Land stehen ja mitunter in einem gewissen Konkurrenzverhältnis, wo gibt es hier Unterschiede?

Es dreht sich viel um die Frage, wie viel können Menschen lustvoll teilen? Kann ich in einen Bus steigen oder muss ich mein eigenes Auto nehmen? Lege ich mich in den Park oder brauche ich einen Garten? Warum haben so viele Häuser einen Swimmingpool? Es wäre doch viel interessanter und nachhaltiger, in wirklich gute, öffentliche Schwimmbäder zu investieren. Das ist für jedes Kind lustiger und würde die Qualität eines öffentlichen Raums, wo man auf Leute trifft, die nicht nur die Familie sind, ungeheuer aufwerten.

Ich gehe davon aus, dass das Thema des gemeinsamen Nutzens immer stärker werden wird – und das verbindet den ländlichen Bereich und die Stadt sehr stark.

Bei Workshops mit Landgemeinden hat sich gezeigt, dass Leute, die aus der Stadt aufs Land gezogen sind, all die Dinge wie Kaffeehaus oder Schwimmbad, die sie aus der Stadt kennen, dann am Land, wo so viel abgebaut worden ist, vermissen. Dort ist so viel Außenraum, aber kein öffentlicher Raum. Alles gehört jemandem, und die Straße gehört den Autos.

Konsumfreie Zonen im öffentlichen Raum sind ein Werkzeug für mehr Gerechtigkeit. Was gibt es da noch?

Je mehr Menschen miteinander wohnen, desto mehr Ausweichmöglichkeiten in den öffentlichen Raum braucht es. Schanigärten sind dabei eine Grauzone. Sie sind schon wichtig, aber etwa am Wiener Donaukanal, wo sich ein Gastgarten an den anderen reiht, schlägt das um. Es geht um ein gutes Verhältnis zu nicht kommerziellen Räumen, es muss sich in derselben Qualität genauso viel Freiraum für die Menschen finden, die sagen, ich kann oder will mir kein Getränk leisten müssen, um hier zu sitzen. In dem Moment, wo jemand einen Zaun um etwas zieht, ist der Raum für die Allgemeinheit verloren.



GABU HEINDL

ist Architektin, Stadtplanerin und Aktivistin in Wien. Studium in Wien, Tokyo und Princeton, Doktorat in Philosophie. Seit 2023 Univ.-Prof. an der Universität Kassel, Leitung FG Bauwirtschaft und Projektentwicklung ARCHITEKTUR STADT ÖKONOMIE



GERECHTE STADT MUSS SEIN!

Studie zur Bestandsanalyse und Zukunftsorientierung einer gerechte(re)n Stadtplanung.

Download:

<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16732301/>



Eine Grätzloase in Wien: Auch so kann Straßenraum genutzt werden.

Grätzloasen hingegen zeigen sehr gut, wie Straßenraum auch anders aussehen und genutzt werden kann.

Aber das kostet Parkplätze ... eine wichtige Währung in der Stadt, oder?

Eigentlich müssten wir ausrechnen, wie viel uns ein Parkplatz kostet – der Platz, die Folgen wie Erhitzung, Überschwemmungen etc. – was das uns, die Gesellschaft, das Klima, effektiv kostet. Dann würden wir immer nur sagen: Ah, super, ein Parkplatz weniger!

In der Studie entwerfen wir eine Zukunftsperspektive für eine autofreiere Stadt – es geht nicht um 100 % – das kann man fordern, damit man 80 % erreicht, aber es geht darum aufzuzeigen, wie viel Platz es spart, wenn die Menschen vom Auto in den Bus umsteigen.

Wir müssen bei der Klimakatastrophe mit Überschwemmungen, Böden, die keinen Regen aufnehmen, und enormer Überhitzung ansetzen. Die Studie belegt, dass wir Paradigmenwechsel bis hin zu Bauordnungs-Novellen brauchen. Statt wie bisher, dass man mit jeder Wohnung eine bestimmte Anzahl an Parkplätzen errichten muss, sollte man in Zukunft vielleicht mit jeder Wohnung ein, zwei Bäume pflanzen müssen. Quasi eine Baumpflanz- statt einer Stellplatz-

verpflichtung. Das Konzept funktioniert natürlich nur mit gutem Öffi-Anschluss. Aber die Stadt würde komplett anders aussehen. Und ganz ehrlich: Was brauchen wir dringender?

Betrifft eine gerechte Stadtplanung auch Ungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern?

Die gendergerechte Stadt ist natürlich Thema. Wer von 9 bis 19 Uhr arbeitet hat andere Bedürfnisse als jemand, die Hausarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege leistet. Es geht darum, Städte so zu planen, dass jede Art von Tätigkeit – also auch Care-Arbeit – gleich ernst genommen wird und dementsprechend auch die Infrastruktur, die es braucht, zu bieten.

Also die entsprechenden Freiräume, Pausenräume, Mobilitätskonzepte, eine qualitative urbane Umgebung, Kinderbetreuung, sichere Wege zu Schulen, Radwege. Wie kann ich mich als pflegende oder gepflegte Person mutig in den öffentlichen Raum wagen? Wo finde ich eine öffentliche Toilette, eine Bank, wo ich mich vielleicht nicht nur hinsetzen, sondern auch hinlegen kann, wenn ich rasten muss? Das sind Themen, die sich jemand, der agil mitten im Leben steht und eine Stadt plant, oft nicht so vorstellt, aber mitdenken müsste. Wenn wir für

unsere Schwächsten planen, dann planen wir für uns alle.

Wie können Städte die Problematik mit dem Wohnraum angehen?

Städte unterliegen der Spekulation und Leerstand wird es geben, solange Leerstand nichts kostet. Das müsste man erheben und ausrechnen, was das über Jahre an neu geplanten Wohnungen abdecken könnte. Dann gilt es Mittel und Wege zu finden, hier tatsächlich einzugreifen.

Ein erster Schritt wäre, über eine Leerstandsabgabe zu sagen: Das ist nicht so, dass das niemanden etwas angeht! Pragmatisch gesehen kostet jede leer stehende Wohnung die Gesellschaft sehr viel. Städte müssen viel für Infrastruktur rund um eine Wohnung aufbringen: Die Öffis, die Straßenreinigung, die Beleuchtung – all diese Kosten, die es braucht, eine Stadt am Laufen zu halten, zahlen die Steuerzahler:innen und nicht die, die die Wohnung leer stehen lassen.

Ein wirksameres Modell ist eine Zweckentfremdungsstrafe – die Öffentliche Hand könnte sagen, wir haben hier zu wenig Wohnraum, sehen aber effektiven Leerstand über mehr als sechs Monate und wir machen etwas dagegen. Im Roten Wien gab es ein Wohnungsanforderungsgesetz: Die Stadt konnte leer stehende

Wohnungen anfordern und zur Vermietung bringen. Die Besitzer:innen haben das Geld bekommen, wurden aber zwangsverpflichtet. Auch Barcelona und ein paar Städte in Portugal haben so etwas reaktiviert. Was spricht dagegen?

Das würde auch die Bodenversiegelung eindämmen, sehr viele Neubauten im Luxussegment stehen jahrelang leer.

Jeder Spekulationsbau steht an Stelle eines Baus mit leistbaren Wohnungen. Im Grunde wäre jede Stadt angehalten zu schauen, wenn neu gebaut wird, dann maximal ökologisch und maximal sozial. In jedem Fall ein mietpreisgedeckeltes und damit bezahlbares Segment, und so ökologisch vielfältig und anspruchsvoll wie nur möglich.

So lange es so viel Leerstand gibt, sollte auch der freie Markt nur umbauen. Der freie Markt ist ja an sich nicht frei, irgendetwas zu bauen. Alles, was der freie Markt in die Wiese stellt, darf der Gesellschaft nicht schaden. Wenn ich im Zent-

rum Leerstand habe, aber neu am Stadtrand versiegeln muss, die Infrastruktur aufziehen muss, dann ist das ein effektiver Schaden an der Gesellschaft.

Wie kann das umgesetzt werden?

Mit guter, proaktiver Stadtplanung, öffentlichkeitsvertretenden Menschen in den Behörden und Planungsstellen, die Verantwortung übernehmen. Die Menschen müssen Vertrauen haben können, dass die Verwaltung in der Stadt so einen Schaden gar nicht zulässt.

Gehen wir zum letzten Punkt, der Teilhabe – auch ein schwieriges Thema in den Städten

Das schwierigste! Dass ich etwas erfahre, dass mir Zusammenhänge transparent gemacht werden, das ist der allererste Schritt, um teilhaben zu können. Die Form von Teilhabe, wie wir sie kennen, ist eine weiße Mittelschichtsbetätigung. Aber man kann Wege und Mittel finden, den Menschen die Teilhabe leichter zu

machen. Örtlichkeiten und Zeiten niederschwellig organisieren, Kinderbetreuung vor Ort anbieten, eine Unkostenentschädigung, Mehrsprachigkeit ... Man kann hier durchaus steuern und sich auch als Stadt öffnen. Wie viel Freiheit lasse ich den Menschen, wenn sie sich um eine Bauminsel kümmern oder am Samstag-nachmittag eine Spielstraße errichten wollen? Wenn man das Gestalten in unserer aller öffentlichen Raum einfacher macht, macht man das Leben für alle schöner.



Ein Markenzeichen Österreichs: SICHERE TRINKWASSER- VERSORGUNG

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG IN DER TRINKWASSERVERSORGUNG:
Leitungs- und Rohrsysteme • Armaturen • UV-Desinfektionsanlagen
Messeinrichtungen • Trinkwasserbehälter



www.ovgw.at



Ausblick ÖGZ 12/23–1/2024

Arbeiten für die Stadt

Woher nehmen, wenn nicht stehlen? In der nächsten Ausgabe der ÖGZ geht es um Personal in Städten und Gemeinden. Von Employer Branding über Onboarding, Generationenmanagement und Führungskräfte-Coaching bis zu Kampagnen, Besoldung und Wissensmanagement reichen die Themen. Die Ausgabe 12/23–01/24 erscheint am 6. Dezember 2023.

ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Jeden Monat ein anderer Schwerpunkt mit spannenden Fachartikeln zu kommunalen Themen wie Stadtentwicklung, Mobilität, Finanzen, Umwelt.

JETZT ABONNIEREN!
Jahresabo: 45 Euro
Einzelheft: 4,70 Euro

KONTAKTDATEN
Telefon +43 (0)1/740 32-725
Mail: abo.oegz@bohmann.at
www.staedtebund.gv.at



Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

November

13. 11.	FA kommunales Bestattungswesen und FA Friedhöfe und Feuerhallen	Graz
15. 11.	Ausbildner:innen Jahrestagung	online
16. und 17. 11.	FA Öffentlichkeitsarbeit	Linz
20. und 21. 11.	FA Frauen	St. Pölten
20. und 21. 11.	FA Recht	Reute
22. und 23. 11.	FA Abfallwirtschaft und Städtereinigung	Graz
23. 11.	FA Bürger:innenanliegen und Statistik	online
30. 11.	Workshop „Aktuelles in der Daseinsvorsorge und der EU“	Wien

Vierte Agenda 2030 Tagung

Welche Strategien brauchen Städte und Gemeinden für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs?

In Sachen SDG-Umsetzung haben wir Halbzeit! So wie beim Fußball wird in der Pause die 1. Halbzeit des Spiels analysiert und daraus die Taktik für die 2. Halbzeit entwickelt. Was haben wir auf dem bisherigen Weg gelernt? Was sind erfolgreiche Strategien in der Umsetzung? Welche Taktiken helfen uns bei der Umsetzung? Welche Wirkung zeigte sich? Welche Hebel müssen umgelegt werden, damit Transformation auf den unterschiedlichsten Ebenen gelingt?

23. und 24. November 2023 in Bregenz, Vorarlberg

www.veranstaltungen-vorarlberg.at/de/agenda-2030-tagung



Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 11/2023 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Kevin Muik, Johannes Schmid • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1 • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2023: 10 Ausgaben • Cover: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Luef-Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.